



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21821 - 33
Fernschreiber 0866491

F/XIII/257 - 11. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	Die Wahlkomödie am 16. November Das Kreuz der 17 Millionen	37
2	Strauß bleibt bei der Unwahrheit Etzels 52 Milliarden D.	43
3-5	Englands Fernsehorganisation - kein Vorbild für Deutschland Von Heinz Kühn, MdB Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik	155
6 - 7	Die Tatsachen sind stärker Hessens Flüchtlingeingliederung ist vorbildlich	60
7	Zwei Meldungen über: "Potentieller Kriegsverbrecher"	17

* * * *
* * *

Die Wahlkomödie am 16. November

sp - Mit einem ungeheuren propagandistischen Aufwand, der auch den letzten Bewohner Mitteldeutschlands erfasst und dem sich niemand entziehen kann, bereitet Pankow, mächtig unterstützt durch die letzte Chruschtschow-Rede, die Wahlen für die Sowjetzonenkammer am 16. November vor. Das Ergebnis steht nach volkedemokratischem Muster von vornherein fest. Den Wahlberechtigten bleibt keine andere Wahl, als ihr Kreuz unter eine Sammelliste zu setzen, auf deren Zusammenstellung sie nicht den geringsten Einfluss hatten.

Die Herren in Pankow sind sehr Legitimitätsbegeistert. Da sie es nicht wagen können, sich die "Legitimität" auf dem Wege über freie Wahlen bestätigen zu lassen, erschleichen sie diese auf dem Umweg über eine Wahlkomödie. Am Abend des 16. November wird Pankow einen hundertprozentigen oder beinahe hundertprozentigen "Wahlsieg" einer nicht überraschten Welt verkünden und sich darauf berufen, dass mit diesem "Sieg" das SED-Regime über seine Gegner triumphiert habe. Die Chruschtschow-Rede gibt einen Hinweis darauf, in welcher Richtung Ulbricht am Tage nach der bestätigten "Legitimität" wahrscheinlich zu operieren gedenkt. Aber selbst die innerste Führungsspitze der SED wird sich im klaren darüber sein, auf welch wankenden Grundlagen der Sowjetzonenstaat beruht, er ist nicht von dem Willen der Bevölkerung getragen, er wird gestützt von dem Willen und der materiellen Gewalt einer ausländischen Macht.

Der Wille von 17 Millionen Mitteldeutschen kann nicht offenen Ausdruck finden. Nur einmal brach er sich in einem heroischen Aufbegehren Bahn, am Janes 17. Juni 1953, der zu den leuchtenden Daten in der deutschen Geschichte gehört. Damals wurde vor aller Welt bewiesen, wohnen die Bewohner Mitteldeutschlands, denen seit einem Vierteljahrhundert freie Wahlen verwehrt sind, politisch gehören zu der demokratischen, freiheitlichen Lebensordnung des Westens.

Das wird auch nach dem 16. November so bleiben. Das wissen auch die Machthaber von Pankow. Sympathien und Unterstützung lassen sich nicht mit Gewalt erzwingen, auch wenn diese durch Fanfarenklänge und Trommelschlag musikalisch untermauert werden. Die Vergewaltigung der Bevölkerung Mitteldeutschlands und ihr Missbrauch als "Wähler" werden dadurch nicht aus der Welt geschafft. Sie bleiben bestehen und sollte für den freien Teil Deutschlands eine ständige Mahnung sein, im Bereich der Politik alles zu unterlassen, was der Verlängerung der Herrschaft des SED-Regimes dient.

Strauß bleibt bei der Unwahrheit

sp - Bundesfinanzminister Franz Etzel (CDU) erklärte am 23. April 1958 in der 24. Plenarsitzung des Dritten Deutschen Bundestages im Namen der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD, daß die Gesamtkosten der westdeutschen Aufrüstung bis zum 31. März 1961 mit etwa 52 Milliarden DM beziffert werden müßten. Diese offizielle Regierungsaussage ist im amtlichen Protokoll des Deutschen Bundestages über diese Sitzung auf den Seiten 1304 und 1305 abgedruckt und dort von jedem Bundesbürger nachzulesen.

Es ist Herrn Franz Josef Strauß, Bundesminister für Verteidigung der CDU-Regierung Adenauer, überlassen geblieben, diese offizielle Erklärung derselben CDU-Regierung Adenauer über die 52 Milliarden DM Rüstungsgesamtkosten zu einem der übelsten Parteimanöver im Bayerischen Landtagswahlkampf 1959 zu verdrehen und zu mißbrauchen. Seit Wochen reist der Bundesverteidigungsminister als CSU-Wahlkämpfer durch das bayerische Land und erklärt immer wieder, die Sozialdemokraten betrieben mit "ihrer Behauptung die Gesamtrüstungskosten bis 1961 betrügen 52 Milliarden DM, einen üblen Wahlschwindel".

Die SPD hat zur Steuer der von Strauß so sträflich malträtierten Wahrheit in jedem einzelnen der ihr bisher bekanntgewordenen Fälle den CSU-Minister gestellt und dem protokollarisch niedergelegten amtlichen Tatbestand entsprechend jedesmal darauf hingewiesen, daß es sich bei den 52 Milliarden DM nicht, wie Strauß bewußt wider besseren Wissens herumredet, um eine "Behauptung der SPD", sondern um die offizielle Erklärung des Bundesfinanzministers als des Sprechers der Bundesregierung handelt. Zuletzt noch hatte der SPD-Abgeordnete Wienand vor einigen Tagen dem Verteidigungsminister-Wahlredner mit harten Worten genau das ins Gesicht gesagt, was jedermann nach Kenntnismache des wahren Sachverhalts von diesem Minister-Wahlredner halten muß.

Das aber rührt und berührt den Strauß mit der Elefantenhaut überhaupt nicht. Nach einer apa-Meldung hat er vielmehr erst am vergangenen Sonntag wieder in einer CSU-Wahlversammlung von neuem seine notorisch falsche und unwahre Behauptung wiederholt und sein übles Spiel mit den 52 Milliarden DM als angeblichen Wahlschwindel der SPD fortgesetzt.

Herr Strauß, dem es im übrigen offensichtlich völlig gleichgültig ist, daß er mit seiner Wahlketzerei gegen die SPD den von ihm doch auch noch bekleideten Posten eines zivilen Oberbefehlshabers der Bundeswehr, der ja nicht nur Mitglieder der CSU angehören, aushöhlt und entwertet, Herr Strauß wird es sich nach seinem unverantwortlichen Benehmen widerspruchslos sagen müssen, daß er sich schäbig verhält. Diese Charakterisierung wird ihm, wie ihn das deutsche Volk bisher kennengelernt hat, sicher egal sein.

Die SPD legt aber trotzdem Wert darauf, heute und jetzt an ihrer Meinung über Herrn Strauß keinen Zweifel zu lassen.

Englands Fernsehorganisation - kein Vorbild für Deutschland

Von Heinz Kühn, MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Kulturpolitik und Publizistik.

Kann die Organisation des britischen Fernsehens bei der Einführung eines zweiten deutschen Fernsehprogramms als Modell dienen? Sicher werden die Schlußfolgerungen, die jeder Teilnehmer der Londonreise aus zahlreich geführten Unterhaltungen und wenigen gesehenen Fernsehprogrammen gezogen, in vielem unterschiedlich sein. Auf eine Frage jedoch gibt es nur eine Antwort: Modell? Nein!

Auch die von Dr. Heck in "Deutschland-Union-Dienst" angebotene Reproduktion seiner Eindrücke - die allerdings ein nur sehr wenig fotografisch getreues Bild der Tatsachen ist - führt ihn lediglich zu einer Entwertung des privatwirtschaftlichen Fernsehens, nicht aber zu seiner Empfehlung. Er behauptet nur, daß er "in England nirgends dafür einen Anknüpfungspunkt fand", daß das privatwirtschaftliche Fernsehen ein politisches Wechtinstrument der Wirtschaft sei und daß die ihm nachgesagte niveauserhöhende Tendenz "im allgemeinen mit den Tatsachen nicht übereinstimmt." Das ist vorsichtig formuliert.

Zwischen Qualität und Beliebigkeit

Der englische Fernsehteilnehmer hat die Auswahl zwischen einem durch Gebühren der Zuschauer finanzierten Programm der BBC (British Broadcasting Corporation) und einem durch Werbeeinnahmen aus Wirtschaftsinserten finanzierten Programm der ITA (Independent Television Authority). Das BBC-Programm bedient das gesamte britische Territorium. Das ITA-Programm, das überwiegend den kommerziellen Interessen der Inserten dient, wird bisher lediglich in den Gebieten besonderer Bevölkerungs- (= Konsumenten-) Konzentration ausgestrahlt.

Der von einem solchen auf Wettbewerb um den Zuschauer beruhenden System auf die Programmqualität ausgehende Einfluß ist komplex. Gewiß gibt es positive Wirkungen der Konkurrenz, die aber geringer sind, als die negativen Programmwirkungen einer Rivalität, die für die eine Fernsehgesellschaft im Zuschauer-Wettbewerb besteht, da eine wachsende Zuschauerzahl die Voraussetzung für ein wachsendes Inseratengeschäft ist. Unnötig zu sagen, daß ITA als privatwirtschaftliches Fernsehen in seinem Programm also vorwiegend auf größere Beliebigkeit, damit aber nicht notwendig auf größere Qualität orientiert sein muß. Tatsache ist, daß ITA einen wesentlich höheren Prozentsatz qualitätsgeringerer USA-Filme bietet, was gerade zur Zeit unseres Besuchs Gegenstand einer Untersuchung war. Tatsache ist, daß die britischen Frauenorganisationen gerade zur Zeit unseres Besuchs gegen die Überfülle zu grausamen USA-Filme im Fernsehen protestierten. Tatsache ist, daß im "Television Index Service", der die Beliebtheit der BBC und ITA-Sendungen testet, zu einem Höhepunkt der ITA-Zuschauerkurve gesagt wurde, es habe sich um einen "sperreacklichen Reißer" gehandelt. Daß auch BBC im Wettbewerb um die größere Zuschauermenge in diesen Seg gerät, wurde in London nicht bestritten.

Tatsachen "hinter der Bildechirm"

Kun mag mancher Beobachter sich schon durch die Erkenntnis beruhigen lassen, daß das ITA-Programm dennoch nicht "überwiegend auf Profit, Sex und Verbrechen abgestimmt" ist. Um das zu wissen, bedürfte es nicht eines Londonbesuches, dazu genügt das Studium des "Television Act". Das wirkliche

Problem präsentiert sich eben keineswegs in den Schutzengel-Böswichter-Extremen der Polemik - weder ist BBC das eine noch ITA das andere -, sondern in einer allgemeinen Tendenz zur Niveaurückbildung, die nicht auf dem Wettbewerb, wohl aber auf der Tatsache beruht, daß der eine der Wettbewerbspartner nicht primär an der Qualität des Programms, sondern an der Quantität des Geschäfts interessiert ist. Dabei sollte man nicht vergessen, daß allein eine der sieben Programmgesellschaften der ITA in einem Jahr 50 Millionen DM Reingewinn erzielt hat. Nicht umsonst ist in London das Wort gefallen, daß die Lizenzierung einer privatwirtschaftlichen Fernsehgesellschaft geradezu gleichbedeutend sei mit dem Recht der Bank von England, Pfundnoten zu drucken.

Das alles bedeutet natürlich keineswegs, daß jede Programmleistung von ITA qualitätsgeringer ist als jede Programmleistung von BBC. Ich stimme durchaus zu, wenn Dr. Heck sagt: "Beide Systeme sind zu Spitzenleistungen der Programmgestaltung fähig. Beide Systeme weisen zugleich auch schwächere Sendungen auf." Aber auch hier sind die Tatsachen "hinter dem Bildschirm" für die Beurteilung wichtiger als das Sitzen vor dem Bildschirm, noch dazu, wenn es sich auf zwei oder drei Abende beschränkt.

BBC werden die besseren Sportprogramme, ITA die besseren Varietéprogramme nachgesagt. Die Programmgesellschaften der ITA werden nämlich nicht nur von starken Wirtschaftsgruppen, mächtigen Zeitungsverlegern und Filmproduzenten, sondern auch von den privaten Theaterbesitzern und den Varietéunternehmern gebildet, wodurch die Möglichkeit entsteht, Künstler durch kombinierte Engagements mit Fernsehklusivverpflichtung für ITA zu monopolisieren.

Eine ungeheure Macht investierter Interessen

Das stolze Schlagwort von freiem Wettbewerb, das die Vertreter für ein privatwirtschaftliches Fernsehen in Deutschland gerne strapazieren, reduziert sich auf die Tatsache, daß hier in den Händen einiger weniger mächtiger Interessenten selbst nach den Worten des der ITA überaus positiv gesehenden englischen Postministers "eine ungeheure Macht investierter Interessen" zusammengeballt wird. Und auf die Frage "politische Macht?" antwortete der konservative Minister: "O ja."

Die Besorgnis, daß hier ein auch politisches Propagandainstrument Sonderinteressen dienstbar gemacht werden könnte, beantwortet Dr. Heck: "Ich fand in England nirgends Stoff für einen Anreizpunkt." Ich glaube, daß das das notwendigerweise zeitkurze und oberflächliche Studium eines solchen Aufenthaltes nicht einmal zu einem so vorsichtig formulierten Urteil berechtigt. Denn ob die Kontrollbehörde der ITA die "Integrität und Ausgegengenheit der Programme" auf politischem Gebiet tatsächlich sichert, hängt nicht allein von der Einhaltung der Bestimmungen über die Verteilung der politischen Sendezeiten ab. Die inhaltliche Gestaltung der Nachrichtensendungen, die personelle Auswahl der für die meinungsbeeinflussenden Sendungen Verantwortlichen und manches andere ist sehr viel wichtiger.

Die Mitglieder der Kontrollbehörde werden vom Postminister berufen, aber dies allerdings erst tue - wie man uns im Ministerium beruhigend versichert - nachdem er Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten genommen habe. Als ob ein deutscher Bundesbürger eine zusätzliche Garantie der Unparteilichkeit in der Gewissheit erblicken könnte, daß Herr Stücklen erst Herrn Adenauer befragen werde!

An dieser Stelle kann nicht die umfangreiche Argumentation dafür angeführt werden, warum wir uns in London unabhängig von allen anderen Bewertungsunterschieden darin einzig waren, daß Lösungen, die dort unter ganz anderen historischen Voraussetzungen und in einem ganz anderen öffentlichen Klima anwendbar sind, auf uns nicht übertragbar sein können.

Wirrnis kontroverser Argumente

Das gilt für die Sicherung der Unparteilichkeit der Aufsichtsgremien, das gilt aber auch für die gesamte Organisation des Fernsehens. Wer sich aus der Wirrnis kontroverser Argumente, mit denen die im Widerstreit stehenden Interessen von Bundesregierung und Wirtschaftskreisen, Länderparlamenten und Rundfunkanstalten gegen- und miteinander fechten, zu der notwendigen Lösung durchringen will, muß die Frage "Wer soll das zweite Fernsehprogramm gestalten?" unter zwei Gesichtspunkten beantworten:

1. Wie sichern wir die freiheitlich-demokratische Ordnung des Rundfunks und Fernsehens, d. h. wie verhindern wir, daß es wirtschaftlichen oder politischen Sonderinteressen dienstbar gemacht wird;
2. Wie erfüllen wir die berechtigten Erwartungen und Ansprüche, die den fernsehenden Staatsbürger nach einem zweiten Programm rufen lassen?

Auf beide Fragen hat England keine auf Deutschland übertragbaren Lösungen entwickelt. Engländer, wie Sir Ivone Kirkpatrick, der an der Spitze von IFA steht, haben uns, soweit es sich um die politische Organisationsprobleme handelt, selber davor gewarnt. Soweit es sich aber um die Programmertungen der Zuschauer handelt, muß die Rivalität zwischen einer öffentlich-rechtlichen und einer privatwirtschaftlichen Fernsehanstalt enttäuscht werden, denn sie kann nur zwei rivalisierende, nicht aber zwei kontrastierende Programme hervorbringen. Während der Zuschauer zwischen einer Quizz-Sendung oder einem Schauspiel, zwischen einem amüsanten Film oder einer zeitgeschichtlichen Dokumentation wählen möchte - darum wünscht er ja das zweite Programm in erster Linie -, bieten ihm die um die Gunst des Publikums werbenden englischen Gesellschaften um die gleiche Zeit im Regelfall zwei annähernd gleichartige Programme, mit der Tendenz, in die zuschauerintensiven Abendstunden populäre Unterhaltung zu plazieren, während weniger populäre Sendungen, mögen sie auch noch so sehr geeignet sein, das Leben des Zuschauers zu bereichern, in die zuschauer-schwachen Stunden verdrängt werden. Die BBC hat sich dieser Tendenz so lange widersetzt, bis sie nur noch ein Drittel der Fernseher als Anhänger hatte. Für den verantwortlichen Beobachter ergibt sich hier die ernste Frage, ob zwei einer solchen Entwicklung unterworfenen Programme wirklich besser sind, als eines, um dessen Qualitätssteigerung man sich mühen sollte.

Bestehende Rundfunkgesellschaften am besten geeignet

Aber kein Mißverständnis: das zweite deutsche Fernsehprogramm muß kommen und es wird kommen. Es ist technisch möglich und der Zuschauer verlangt nach einem solchen Programm, das ihm die Auswahl zwischen zwei verschiedenartigen Darbietungen auf dem Bildschirm bietet. Beide Programme müssen also die beiden Teile eines einheitlichen Ganzen sein. Unabhängig von allen verfassungsrechtlichen Problemen, die der förderative Charakter der Bundesrepublik aufwirft, scheinen die bestehenden Rundfunkanstalten am ehesten geeignet, dieses Problem zu lösen. Sie sind einem Höchstmaß an demokratischer Kontrolle und Verantwortung unterworfen und sie sind in ihrer Programmgestaltung nicht an privatwirtschaftliche Gewinnsspekulationen gebunden.

Aber es wird von den Rundfunkanstalten verlangt werden müssen, daß sie eine Antwort geben auf die berechtigte Forderung, die Ganzheit eines solchen Programms in der Form des Wettbewerbs durchzuführen, vielleicht dergestalt, daß zwei Gruppen von Rundfunkanstalten je eines der beiden sich ergänzenden Programme gestalten. Bei der Entwicklung dieses nächsten Schrittes in der Geschichte des deutschen Fernsehens werden die in England entwickelten Formen viel Stoff zum Nachdenken, aber wenig Vorbild zur Nachahmung bieten.

Die Tatsachen sind stärker

K.J. "Geht nach Hessen!" heisst es seit Jahr und Tag in den Notaufnahmelagern. Die Flüchtlinge wissen nicht nur von Hörensagen, dass sie in Hessen am besten aufgehoben sind, dass sie hier am schnellsten Wohnung und Arbeit erhalten. Die Tatsache spricht sich herum; man weiss es von Bekannten und Verwandten - manchmal auch von Lagerbeamten, die alles andere als Sozialdemokraten sind und nichts weniger machen wollen als Propaganda für das "rote" Hessen.

Hessen aber soll nach dem Willen der CDU nun "bundestreu" werden, die Kanzlerpartei will auf die Ministerstühle in Wiesbaden. Dazu braucht man auch die Stimmen der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge. Was könnte es also Besseres geben, als die Leistungen der Regierung Linn herabzusetzen? Adenauer eröffnete am 23. Oktober den Wahlkampfzettel der CDU in Marburg mit der barebückischen Behauptung, Hessen stehe in der Eingliederung der Flüchtlinge an letzter Stelle. Jetzt folgten ihm getreulich die Bundesminister Oberländer und Lücke: sie sagten dasselbe.

Aber davon wird die Unwahrheit nicht wahrer. Wir können getrost auf Polemiken verzichten, die Tatsachen sprechen überzeugender. Und so sehen sie aus:

Near als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Hessens sind Vertriebene und Flüchtlinge, 25,4 Prozent. Von den Altvertriebenen befindet sich nicht ein einziger mehr in den ehemals errichteten Lagern - in den anderen Bundesländern dagegen sind es noch 174 000. Die Lager, die es heute noch gibt, unterscheiden sich wohltuend von anderen Lagern in der Bundesrepublik: sie haben Wohnheimcharakter, primitive Massenunterkünfte existieren nicht mehr. Von 1951 bis 1957 wurden von der hessischen Landesregierung 43,4 Millionen DM für Lagerbauten, ihre Unterhaltung und Verbesserung aufgewendet.

Hessen war 1955 das erste Land in der Bundesrepublik, das kaum noch Anträge auf die Ausstellung von Vertriebenenausweisen in Bear-

beitung hatte. Die Statistik des Bundesvertriebenenministeriums(!) verzeichnet am 31.3.1958, daß Hessen nur noch ein Prozent unerledigte Anträge zu bearbeiten hat - der Bundesdurchschnitt lag damals bei 26 Prozent. In der Ausstellung der Ausweise liegt Hessen an erster Stelle. 99,3 Prozent aller Anträge auf Vertriebenenausweise wurden positiv beschieden (623 754) und nur 0,7 Prozent abgelehnt.

Ähnlich sieht es bei den Sowjetzonenflüchtlingen aus. Hessen liegt mit der Anerkennung politischer Flüchtlinge mit an erster Stelle im Bundesgebiet. 61 Prozent aller Anträge auf C-Ausweise wurden bewilligt.

Höher als in anderen Ländern liegen in Hessen die Leistungen auf dem Gebiet der beruflichen Eingliederung der neuen Bürger in Handwerk, Handel, Industrie und freien Berufen. Mit der Gewährung von Landeszuschüssen in durchschnittlicher Höhe von 6 890 DM liegt Hessen an erster Stelle im Bundesgebiet. Wer es nicht glaubt, der möge sich den 8. Jahresbericht der Lastenausgleichsbank durchblättern...

Die CDU behauptet, Hessen habe nicht genug für den Wohnungsbau getan. Wo aber sind ähnlich imponierende Zahlen vorzuweisen? In Hessen waren 145 über 172 000 Wohnungen zerstört - an ihre Stelle traten 440 000 Neubauteile, davon 230 000 im sozialen Wohnungsbau.

Bundeskanzler und Bundesminister sollten es sich nicht so leicht machen. Zu behaupten, Hessen liege an letzter Stelle bei der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, ist eine einfache Sache - den Beweis dafür zu führen, dürfte nicht nur schwerer sein: er ist unmöglich. Was die Regierung Zinn bisher für die aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen getan hat, ist und bleibt vorbildlich für die gesamte Bundesrepublik. Die Tatsachen sind stärker als alle Wahlkampfblähungen der CDU.

+ + +

"Strauß: Rapacki vertritt die Ziele Moskaus

Regensburg, 9. November (UPI)

Bundesverteidigungsminister Strauß betonte am Sonntag in einer Wahlkampfabendveranstaltung in Regensburg zum neuen Rapacki-Plan, der polnische Außenminister vertrate die Ziele Moskaus. "Rapacki kann aus seiner Haut nicht heraus", sagte Strauß. "Er ist und bleibt polnischer Kommunist und vertritt die Ziele Moskaus, die darauf hinauslaufen, die Bundesrepublik wehrlos zu machen. Ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile verschafft."

*

... und eine "Zurechtweisung"

"In scharfer Form hat das Bundesverteidigungsministerium am Montag den Angriff des SPD-Pressedienstes gegen Bundesverteidigungsminister Strauß wegen des Wortes vom potentiellen Kriegsverbrecher zurückgewiesen. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte, derjenige, der das Potential des Westens schwäche und damit dem Gegner Vorteile verschaffe und der durch diese Schwächung des Verteidigungspotentials zugleich der Gefahr eines dritten Weltkrieges Vorschub leiste, sei ein potentieller Kriegsverbrecher zu nennen."

dpa

+ + +